

TITEL

WENIGE OBEN. VIELE UNTEN

Ungleichheit wächst auf der ganzen Welt. Aber stimmt das auch für Südtirol? Wie Einkommen, Vermögen und Lebenschancen im Land verteilt sind und was die Unterschiede vergrößert. Und was sie kleiner werden lässt.

von Georg Mair





Die Schule (oben) ist in Südtirol ein Schutzschild gegen Ungleichheit, in Branchen (unten eine Obstgenossenschaft), in denen viele Frauen arbeiten, sind die Löhne niedriger: Ungleichheiten gefährden die gesellschaftliche Entwicklung.

Fotos: Alexander Almer



Der Gini-Koeffizient, mit dem Forscher Gleichheit oder Ungleichheit in Gesellschaften messen, liegt in Südtirol bei 0,334 auf einer Skala von 0 bis 1 (null ist, wenn alle gleich viel besitzen, eins, wenn einer alles besitzt). So steht es in der jüngsten Studie des Landesinstituts für Statistik Astat, in der Einkommen und Lebensbedingungen in Südtirol in den Jahren 2018 und 2019 erforscht wurden.

Im Vergleich zu 2013 ist der Koeffizient kaum gestiegen. Er lag damals bei 0,328. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist also, so will es die Statistik, in fünf Jahren in Südtirol nur unwesentlich auseinandergegangen. Südtirol steht bei der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen ein wenig besser da als Italien, aber ein gutes Stück schlechter als Österreich (0,270) oder die Schweiz (0,297).

Ist Südtirol also eine gleiche oder eine ungleiche Gesellschaft? Nähmen die Ungleichheiten im Land tatsächlich nicht zu, wäre Südtirol eine Ausnahme, wo doch „wachsende soziale Ungleichheit seit circa zehn Jahren in allen Weltregionen festzustellen ist“. So sieht es wenigstens Susanne Elsen, Professorin für Sozialwissenschaften in Brixen.

Ungleichheit ist ein großes Thema in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Es geht dabei

darum, wer wie viel vom Kuchen bekommt und wer wie viel abgeben muss. Zu Beginn der Achtzigerjahre hatte man noch gemeint, der Reichtum würde von oben nach unten durchsickern. „Trickle down“ nennt man das in der Fachsprache. Je reicher die Reichen, desto mehr fließt durch milde Gaben und Stiftungen (freilich jenseits von demokratischen Entscheidungen) nach unten, so die Theorie. Es hat nicht funktioniert. Heute fordern selbst die Bosse höhere Steuern – das eigene Unternehmen freilich immer ausgenommen.

Gottfried Tappeiner, Wirtschaftspräsident an der Universität Innsbruck, meint: „Ungleichheit ist eines der wichtigsten sozialen und wirtschaftspolitischen Themen für die nächsten 15 Jahre.“ Und Thomas Piketty, der Star unter den Wirtschaftswissenschaftlern, schreibt in seinem Wälzer „Kapital und Ideologie“, einer Weltgeschichte der Ungleichheit (Beck Verlag 2020, 1.312 Seiten): „Jede Gesellschaft muss ihre Ungleichheiten rechtfertigen. Sie muss gute Gründe für sie finden, da andernfalls das gesamte politische und soziale Gebäude einzustürzen droht.“ Eines der Hauptziele der Vereinten Nationen ist eine spürbare Reduzierung der Ungleichheit bis zum Jahr 2030.

Aber was ist überhaupt Ungleichheit? „Ungleichheit“, so Susanne Elsen, „betrifft die



TITEL

Unterschiede zwischen materiellen Ressourcen, Lebenschancen und gesellschaftlicher Anerkennung. Die Verteilung betrifft das materielle Kapital, das wiederum den Zugang zum sozialen Kapital, also Verbindungen und Kontakten, öffnet.“

Es geht also darum, wie jemand seine Möglichkeiten entfalten kann und welche Chancen er/sie im Leben hat.

Es gibt verschiedene Studien über Einkommen und Vermögen der Südtirolerinnen und Südtiroler. In der neuen Einkommensstudie des Astat wird der Durchschnittssüdtiroler entschlüsselt. Das Durchschnittseinkommen eines Haushalts lag 2018 bei 39.300 Euro netto. Einkommen, die real unter dem Wert des Jahres 2008 liegen, als die große Wirtschaftskrise begann. In den Einkommen zeigen sich große Differenzen: zwischen dem Osten und dem Westen des Landes (in Bruneck sind die Einkommen am höchsten); zwischen italienischen Staatsbürgern (40.500 Euro), EU-Bürgern (28.300) und Nicht-EU-Bürgern (24.200); zwischen Paaren unter 65 ohne Kinder, alleinlebenden Männern und alleinlebenden Frauen und alleinerziehenden Eltern. Während die Paare über ein Äquivalenzeinkommen (es macht die Einkommen der unterschiedlichen Haushalte vergleichbar) von 31.600 Euro verfügen, liegt es bei alleinerziehenden Eltern bei knapp 16.000 Euro. Und gut 17 Prozent der Südtiroler Haushalte (38.000 in

absoluten Zahlen) liegen unter einem jährlichen Einkommen von gut 13.000 Euro – sie gelten damit als armutsgefährdet.

Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen in Südtirol bleibt seit Jahren gleich. Es gibt in Südtirol Sektoren, die gut bezahlen und feste Verträge bieten, etwa die Industrie, Sektoren, die mäßig bezahlen und viele Menschen nur saisonal beschäftigen, etwa der Tourismus, und Sektoren, die mies bezahlen und Menschen manchmal nur für ein paar Stunden beschäftigen, wie die Reinigungsdienste. Der Anteil der Menschen mit befristeten Verträgen liegt insgesamt bei 30 Prozent, im Tourismus sind es 50 Prozent.

Gottfried Tappeiner sagt: „Ich sehe in Südtirol weniger Ungleichheit als anderswo, Grund und Boden sind nicht so schräg verteilt, vielen Südtirolern gehört, gemeinsam mit der Bank, die Wohnung. Das ist für Europa überhaupt nicht normal.“ Eines der Schutzschilder gegen Ungleichheit, meint Tappeiner, sei die Einheitsmittelschule, die gemeinsame

Schule für alle Kinder bis zur dritten Klasse Mittelschule.

Weit undurchsichtiger als das Einkommen ist das Vermögen der Südtirolerinnen und Südtiroler. Der Sozialwissenschaftler Thomas Benedikter hat vor fünf Jahren erforscht, wie Vermögen (Immobilien, Grund und Boden) in Südtirol verteilt sind. Er hat festgestellt, dass „es noch ungleicher verteilt ist als das Einkommen.“ Haushalte mit einem Jahreseinkommen über 75.000 Euro verfügen im Schnitt über ein Vermögen von 100.000 Euro, die Hälfte der Arbeiterhaushalte hat kein Vermögen.

Benedikter sagt, wenn Vermögen sich konzentriert, Sorge Vermögen wieder für Vermögen, wenn es nicht effizient besteuert werde. „Und das wiederum bewirkt ungleich verteilte Lebenschancen.“ Jetzt sei die Generation am Werk, die Vermögen nicht aufgebaut, sondern geerbt habe. Aber kaum Erbschafts- oder Vermögenssteuern bezahle. So schreibe sich Reichtum fort.

Magdalena Amhof muss schon von Amts wegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verteidigen, die Landtagsabgeordnete ist auch Vorsitzende der Arbeitnehmer in der Südtiroler Volkspartei. Südtirol, sagt sie, biete gleichen Zugang zu Bildung oder zum Gesundheitswesen, weise aber auffällige Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, beim Wohnen und beim Vermögen auf. Ein Umstand, mit dem Südtirol etwa die Nachbarn im deutschsprachigen Ausland beeindruckt, ist die Inklusion von beeinträchtigten Menschen. Sie ist freilich dem Land durch die staatliche Gesetzgebung eher passiert, als dass es gewollt war, so wie die Öffnung der Psychiatrien.

„Die Leisen und Schwachen im Land haben oft zu wenig Raum“, sagt Magdalena Amhof.

Georg Leimstädtner weiß, wo es Ungleichheiten gibt, er sieht etwa, wie schwierig es ist, Menschen mit Beeinträchtigung in Arbeit zu bringen, auch wenn große Betriebe die Pflicht hätten, behinderte Menschen einzustellen. Leimstädtner ist Geschäftsführer des Dachverbandes der Sozialverbände, in dem sich etwa Vinzenzverein, Blindenverband oder Lebenshilfe zusammengefunden haben. Er weiß auch um die Menschen, die Arbeit, aber keine Unterkunft haben, weil Wohnungen so teuer sind, um die

„Man muss bedenken, wie schmerzhaft es ist, in einem reichen Land wie Südtirol arm zu sein.“

Susanne Eisen, Uni-Professorin

Gottfried Tappeiner ist Wirtschaftsprofessor an der Uni Innsbruck: „Bin Anhänger einer Finanztransaktionssteuer.“



Foto: Alexander Alber

Frauen, die von einer Mindestpension leben und deshalb sozial isoliert sind, um die Frauen, die Kinder alleine erziehen und für die schon die vielen Behördengänge eine Qual sind. Sozialleistungen helfen, aber die bürokratischen Hürden sind hoch,

Leimstädtner sagt: „Südtirol ist ein ungleiches Land. Die Diskrepanz zwischen den Jobs, die gut, und die schlecht bezahlt seien: „Der hohe Lebensstandard macht die Armen noch ärmer.“ Und oft, sagt er, sei es ein „unwürdiger Kampf um die Sozialgelder, sie werden als Verlustposten betrachtet.“ Andererseits hat er in der Coronakrise gesehen, wie groß die ehrenamtliche Hilfsbereitschaft im Land ist. In Südtirol haben auch wohlhabende Menschen eine soziale Ader, wenn die Umverteilung des Reichtums freiwillig und nicht per Gesetz passiert.

Die Gelder für das Soziale sind im Landeshaushalt der drittgrößte Brocken nach Gesundheit und Bildung. Er wird von Landesrätin Waltraud Deeg verwaltet und macht für das Jahr 2021 730 Millionen Euro aus. Gut 30 Millionen weniger als im Haushaltsjahr 2020. Der größte Posten darin ist das Pflegegeld: 242 Millionen Euro – der Bedarf steigt jährlich um zwei Prozent, es steht allen zu, die die Voraussetzung haben, unabhängig vom Einkommen (etwas, was zum Beispiel Thomas Benedikter für ungerecht hält).

2020 erbrachte das Land Südtirol neben dem Pflegegeld folgende Leistungen: Soziales Mindesteinkommen: 7,6 Millionen Euro (an 2.472 Bezieher, bis April 2021 waren es 1.947); Beitrag für Miet- und Wohnnebenkosten: 37,3 Millionen (12.237 Bezieher, 10.394 bis April 2021); Landesfamiliengeld: 33,7 Millionen (14.957 Bezieher); Landeskindergeld: 32,5 Millionen Euro (26.832 Bezieher); rentenmäßige Absicherung der Erziehungszeiten: 3,2 Millionen (1.805 Bezieher); Zivilinvaliden: 42,8 Millionen Euro (6.132 Bezieher), Soforthilfe Covid-19, April bis Juni 2020: 3 Millionen (2.186 Bezieher); Sonderbeitrag für Miete oder Wohnnebenkosten Covid-19, April bis Juni 2020: 9,4 Millionen (6.390 Bezieher); Covid-19-Kindergeld, Herbst 2020: 7,2 Millionen (9.890 Bezieher), Soforthilfe Covid-19: 25 Millionen (12.380 Bezieher).

Dazu kommt das Imperium des Institutes für den sozialen Wohnbau (Wobi-Ipes), das Landesrätin Deeg in ein Institut für den öffentlichen Wohnbau umwandeln will. Es besitzt 13.426 Wohnungen, bei 12.445 Mietern, gut 29.300 Bewohnern und einer monatlichen Durchschnittsmiete von 208 Euro (50 Prozent der Mieter zahlen zwischen 50 und 100 Euro). In den vergangenen Jahren ist das Wohnbauprogramm des Wobi fast zum Erliegen gekommen, die Ansuchen stapeln sich. Deeg will dem Wobi ein ehrgeiziges Programm verordnen: keine Miete mehr auf Lebenszeit, regelmäßige Überprüfung der Berechtigungen, 400 Wohnungen im Zeitraum von 2020 bis 2025 für 80 Millionen Euro, Sanierung von 600 Wohnungen im Zeitraum von 2021 bis 2023.

Maria Elisabeth Rieder, Landtagsabgeordnete des Team K, sagt über das Wirken von Deeg: „Sie kündigt viel an, aber dann ...“ Und Stefan Perini, Direktor des Arbeitsförderungsinstitutes Afi, vermisst im Sozialbereich „innovative Projekte“: „Man hat



Maria Elisabeth Rieder ist die Expertin fürs Soziale im Team K: „Der Mittelstand sinkt ab, und die Politik findet kein Gegenmittel.“

„Die Politik muss sich von den Lobbys lösen, wenn es um Wirtschafts- und Sozialpolitik geht. Es braucht mehr Teilhabe.“

Cristina Masera, Gewerkschafterin

den Eindruck, dass alles immer nur fortgeschrieben wird.“ Über die Wirksamkeit der sozialen Transferleistungen lässt sich eines sagen: Sie verhindern, dass weitere fünf Prozent der Südtiroler Haushalte unter die Armutsschwelle rutschen. „Ich hoffe“, sagt Susanne Elsen, „dass die Menschen diese Leistungen in Anspruch nehmen, man muss bedenken, wie beschämend es ist, in einem reichen Land wie Südtirol arm zu sein. Immer mehr Menschen müssen ja vor Kleiderkammern und Tafeln Schlange stehen und die Leistungen der freiwilligen existenziellen Grundversorgung in Anspruch nehmen.“

Lassen sich Ungleichheiten mindern oder gar aufheben? Oder sind sie sogar notwendig, um Gesellschaft und Wirtschaft beweg-

lich zu halten, wie Marktwirtschaftler glauben? Ungleichheiten, die sich aus unterschiedlichen Ausgangspunkten oder Monopolen ergeben, meint etwa Branko Milanovic, hinderten die Menschen daran, sich zu entwickeln, hemmen also das Wachstum. „Die soziale Hängematte“, sagt Susanne Elsen, „gibt es nicht, das ist Stammtischgeschwätz.“

Stefan Perini, Direktor des Afi, mischt sich immer wieder in die öffentliche Debatte ein – nicht immer zum Wohlgefallen der Landesregierung und des Unternehmerverbandes. Nicht das

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 21



erste Mal listet er auf, wo er Handlungsbedarf sieht, die Möglichkeit, Ungleichheiten auszubalancieren, eine gleichere und gerechtere Gesellschaft zu gestalten.

Perini nennt als entscheidende Punkte: die Reduzierung von prekären Arbeitsverhältnissen, den Kampf gegen Lohndumping, die Anhebung der GIs (Immobiliensteuer) für den Immobilienbesitz, der den Mindestwohnraum überschreitet, Konzentration auf Langzeitarbeitslose, Frauen mit Mindestpension, Alleinerziehende oder kinderreiche Familien, die Anhebung der regionalen Zusatzsteuer auf die Irpef (Einkommensteuer) für Einkommen über 75.000 Euro brutto im Jahr, den Abschluss von Betriebs- und Territorialabkommen. Nichts, meint er, spreche dagegen, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften sich auf einen Mindestlohn von 12 Euro in der Stunde einigten: „Steigende Sozialbudgets sind die Kehrseite des Lohndumpings.“

Cristina Masera, Generalsekretärin des Gewerkschaftsbundes AGB/CGIL erlebt mit, wie mühsam es ist, Lohnverhandlungen anzustoßen: „Wir sind immer in Verspätung, in manchen Sektoren ist es nahezu unmöglich, neue Verträge auszuhandeln.“ Durch das Auslagern etwa von Reinigungsarbeiten sei ein regelrechter Niedriglohnsektor entstanden: „Er lässt sich nur bekämpfen, wenn die öffentliche Hand diese Dienste wieder eingliedert.“

„Das System“, sagt Thomas Benedikter, „wirkt nicht ausgleichend genug.“ Man müsse, meint er, etwa darüber reden, ob sich die Erleichterungen bei der regionalen Wertschöpfungssteuer

nicht überholt hätten, hebe man den Steuersatz (derzeit auf einem Minimum von 2,66 Prozent) wieder an, ergebe das gleich einhundert Millionen Euro mehr für den Landeshaushalt. Ebenso reden müsse man über eine Finanztransaktionssteuer (bei der Aktiengeschäfte besteuert werden) oder über Erbschafts- und Vermögenssteuern. „Warum“, fragt sich Maria Elisabeth Rieder, „bemüht sich Südtirol nicht ernsthaft um die Steuerhoheit“. Und gibt sich gleich selber die Antwort: „Dann könnte man nicht mehr Rom die Rolle des Buhmanns zuschieben, sondern müsste selber entscheiden, welche Steuern man erhebt.“

Wer eine Antwort auf diese Vorschläge geben kann, ist Heiner Oberrauch, der neue Präsident des Unternehmerversandes.

Was sind wir für eine Gesellschaft, Herr Oberrauch?

– *Wir haben in Südtirol ein enges soziales Netz. Arbeitnehmer können sich die Stelle aussuchen – das ist die beste soziale Absicherung. Mein Motto ist, um es mit dem heiligen Benedikt zu sagen: Der Sache gerecht werden, nicht alle gleich machen.* –

Sind 730 Millionen Euro für Soziales im Landeshaushalt zu viel?

– *Politik hat die Aufgabe, Reichtum zu verteilen und Schwache zu schützen. Und sie hat die Aufgabe, das Geld besser einzusetzen. Etwa durch Digitalisierung und Verschlankeung der Verwaltung. Und die Arbeitnehmer müssen mehr Netto vom Brutto kriegen.* –

Wenn die Unternehmen höhere Löhne zahlen würden, sagt Soziallandesrätin Deeg, würde das auch den Landeshaushalt entlasten.

– *Die Gehälter sind in der Industrie schon höher als anderswo. Wer nicht wettbewerbsfähig ist, bekommt keine guten Mitarbeiter. Und: Unternehmer müssen auch Gewinne machen, um krisenfest zu sein.* –

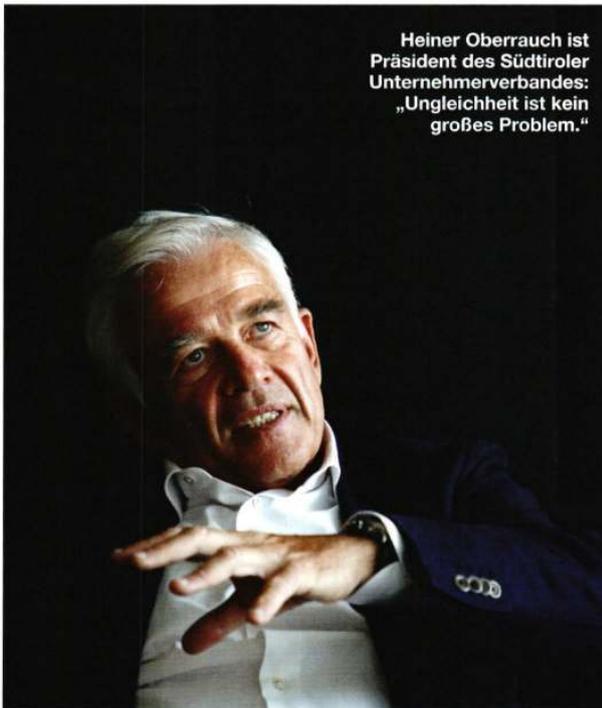
Die Gewerkschaften sagen, es braucht mehr Betriebsabkommen.

– *Die Diskussion ist hinfällig, weil die Löhne in der Industrie eh schon 20 bis 30 Prozent über den vertraglich festgeschriebenen Löhnen liegen. Ich sehe nicht, dass Ungleichheit ein großes Problem ist. Und Gleichheit hat seine Grenzen. Wenn das Leistungsprinzip außer Kraft gesetzt wird, alle über einen Kamm geschoren werden, schafft das Unmut.* –

Es brauche jetzt, sagt Susanne Elsen, eine innovative Sozialpolitik, die nicht nur die klassische Lebenskrise abfedere, sondern experimentelle Formen des Lebens und Arbeitens erlaube, die etwa nach den Prinzipien der Gemeinwohlökonomie handle – sie geht schonend mit Ressourcen um und bezieht die Mitarbeiter mehr in den Arbeitsprozess ein. Doch das verhindern ein „Festhalten an alten Vorstellungen von wirtschaftlicher Entwicklung und die einflussreichen Lobbys.“ Denn wenn die Gesellschaft immer weiter auseinanderdrifft“, sagt Elsen, „produziert sie immer mehr Verliererinnen und Verlierer auf der einen, obszön reiche Gewinnerinnen und Gewinner auf der anderen Seite, riskiert sie steigende Unsicherheit, Kriminalität, Verteilungskämpfe und soziale Unruhen.“ ■

„Achtung auf neue Ungleichheiten: durch Inflation, Staatsschulden oder Klimapolitik.“

Thomas Benedikter,
Sozialwissenschaftler



Heiner Oberrauch ist Präsident des Südtiroler Unternehmerversandes: „Ungleichheit ist kein großes Problem.“

Foto: Alexander Alber